

Kanamori, Hisao et al.

Working Paper — Digitized Version

Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Aussichten in den Industrieländern

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 51

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Kanamori, Hisao et al. (1977) : Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Aussichten in den Industrieländern, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 51, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/47994>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Aussichten in den Industrieländern

An diesem Bericht haben mitgearbeitet:

JAPAN

Hisao Kanamori
Sueo Sekiguchi
Tadao Uchida

Japan Economic Research Center, Tokio
Japan Economic Research Center, Tokio
Universität Tokio

NORDAMERIKA

Bruce K. MacLaury
Gardner Ackley
J. Robert René de Cotret
Paul McCracken
Joseph Pechmann
Robert Solomon

The Brookings Institution, Washington, D.C.
University of Michigan, Ann Arbor, Mi.
The Conference Board in Canada, Montreal
University of Michigan, Ann Arbor, Mi.
The Brookings Institution, Washington, D.C.
The Brookings Institution, Washington, D.C.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Herbert Giersch
Pascal Salin
Angelo Tantazzi
Norbert Walter
G. D. N. Worswick

Institut für Weltwirtschaft, Kiel
Université Paris-IX Dauphine
Università di Bologna
Institut für Weltwirtschaft, Kiel
National Institute of Economic and Social
Research, London

Ag 67 78 Weltwirtschaft
Kiel

Vorwort

Der vorliegende Bericht, der neunte in dieser Reihe, ist das Ergebnis einer Konferenz unabhängiger Ökonomen aus Japan, Westeuropa und Nordamerika. Wie auch im letzten Jahr, stand die Wirtschaftspolitik, die in den Ländern dieser drei Regionen betrieben wurde, im Mittelpunkt der Gespräche.

Die Konferenz fand vom 2. -4. November 1977 bei der Brookings Institution in Washington unter dem Vorsitz des Unterzeichneten statt und wurde vom Institut für Weltwirtschaft, dem Japan Economic Research Center und der Brookings Institution gefördert.

Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse dieser Tagung wurden in einer Pressemitteilung zusammengefaßt und veröffentlicht. Dieser Bericht gibt Auskunft über den Hintergrund, auf dem die wirtschaftspolitischen Empfehlungen zustande kamen. Der erste Abschnitt beschreibt die wirtschaftliche Entwicklung während des vergangenen Jahres in jeder der drei Regionen. Dabei wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede aufweist. Anschließend wird ein Ausblick für das kommende Jahr gegeben, und die wechselseitigen Einflüsse zwischen den Regionen werden kurz untersucht. Danach folgt eine Diskussion jener Probleme, die in allen oder zumindest den meisten Ländern bestehen und einer befriedigenderen wirtschaftlichen Entwicklung im Wege stehen. Der Bericht endet mit der Darstellung der wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Gruppe.

Die Tagung und dieser Bericht wurden durch die Förderung durch den German Marshall Fund ermöglicht, dessen Präsident, Robert Gerald Livingston, der Konferenz beiwohnte.

Die Teilnehmer der Konferenz, die die wirtschaftspolitischen Empfehlungen erarbeiteten, taten dies im eigenen Namen, nicht aber für die Institute, denen sie angehören. Dieser Bericht wird in Europa vom Institut für Weltwirtschaft, in Japan vom Japan Economic Research Center und in Nordamerika von der Brookings Institution publiziert.

Dezember 1977

Bruce K. MacLaury
Präsident der
Brookings Institution

Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Aussichten in den Industrieländern

I. Die Entwicklung im Jahre 1977

Als sich die Tripartite-Gruppe vor einem Jahr im November 1976 traf, war das Tempo der wirtschaftlichen Erholung in allen drei Regionen durch eine "Sommerpause" unterbrochen worden. Seither haben sich in der wirtschaftlichen Entwicklung der wichtigsten Industrieländer beträchtliche Unterschiede gezeigt. In der Bundesrepublik Deutschland und in Westeuropa erholte sich - beginnend im vierten Quartal 1976 - die Industrieproduktion. Seit dem Frühjahr wurde diese Entwicklung von einer Stagnation abgelöst. In Japan war während des ersten Halbjahres 1977 eine zeitweise Beschleunigung der Wirtschaftsaktivität zu beobachten. Gewisse Unsicherheiten über die tatsächliche Entwicklung ergeben sich aber aus Inkonsistenzen zwischen Angaben in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und in der Industrieproduktionsstatistik. Seit dem Frühsommer war die industrielle Produktion in allen Ländern - mit Ausnahme der Vereinigten Staaten - rückläufig. Dort entwickelte sich, nach einem leichten Anstieg im vierten Quartal, in den nächsten sechs Monaten ein kräftiger Aufschwung, der auch während des Sommers - zwar mit vermindertem Tempo - anhielt. Als einzigem der größeren Industrieländer gelang es den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Kapazitätsauslastung zu erhöhen.

Die starken Unterschiede zwischen den Inflationsraten der Länder haben sich etwas verringert, da es in Italien und im Vereinigten Königreich gelang, die Preissteigerungsraten zu senken. Dennoch blieben die Inflationsraten in fast allen Ländern unannehmbar hoch.

Westeuropa

In unserem Bericht vom letzten Jahr prognostizierten wir - unter der Annahme, daß die damalige Wirtschaftspolitik nicht geändert würde - einen Zuwachs des realen Sozialprodukts (BSP) im Jahre 1977 um 3 bis 4 vH. Jene Vorhersage wird sich wohl als zu optimistisch erweisen.

Aus dem Englischen übertragen von Enno Langfeldt und Dr. Norbert Walter.
Titel der englischen Fassung: Economic Prospects and Policies in the Industrial Countries.

Während der ersten Hälfte dieses Jahres verminderten sich die Zuwachsraten des realen Sozialprodukts in Frankreich, der Bundesrepublik, Italien und dem Vereinigten Königreich sehr stark. Unsere Schätzung für das Jahr 1977 insgesamt findet sich in der Tabelle. In fast allen Ländern Westeuropas ist die Industrieproduktion seit Beginn des Jahres zurückgegangen. Dies führte zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und einem Rückgang der Kapazitätsauslastung.

Tabelle - Prognose^a der Wirtschaftsentwicklung in den wichtigsten Industrieländern 1977-1978 (vH)

	Wachstumsrate des realen Sozialprodukts		Arbeitslosen- quote		Inflationsrate ^b	
	1977	1978	1977	1978	1977	1978
Kanada	2,25	5,00	8,00	7,75	8,00	6,75
Frankreich	3,00	4,00	5,00	5,25	9,50	8,00
Bundesrepublik	3,00	3,50	4,50	4,50	4,00	4,00
Italien	1,50	2,50	7,00	7,50	17,50	12,00
Japan	5,75	5,50	2,00	2,25	8,00	6,75
Vereinigtes Königreich	0,50	2,50	5,75	6,25	15,00	9,00
Vereinigte Staaten	4,75	4,25	7,00	6,75	6,50	6,50

^a Auf der Basis der im November 1977 bekannten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. - ^b Gemessen durch den Anstieg der Verbraucherpreise.

Der Abschwung dieses Jahres ist in vielen Ländern einer restriktiven Finanz- und Geldpolitik zuzuschreiben. In jenen Ländern, die sowohl hohe Inflationsraten als auch große Zahlungsbilanzdefizite aufwiesen - darunter fallen neben Italien und dem Vereinigten Königreich auch noch einige kleinere Länder - wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1976 mit einer solchen Politik begonnen; in einigen Fällen geschah dies im Zusammenhang mit der Gewährung von Beistandskrediten durch den Internationalen Währungsfonds. In anderen Ländern - hier ist besonders die Bundesrepublik zu erwähnen - wurde eine restriktive Finanzpolitik besonders unter dem Gesichtspunkt der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte betrieben. So betrug in der Bundesrepublik die Zuwachsrate der nominalen Ausgaben des Bundes im vierten Quartal des Jahres 1976 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreswert nur 4 vH - das entspricht ungefähr dem Anstieg des Preisniveaus -, während sich die Staatsausgaben im vierten Quartal des Jahres 1975 im Vorjahresvergleich noch um mehr als 12 vH erhöht hatten. Im September 1977 wurden Steuererleichterungen und Ausgabenerhöhungen beschlossen.

In einer Reihe von Ländern wurde auch der geldpolitische Rahmen verengt. In jenen Ländern, die hohe Inflationsraten und hohe Zahlungsbilanzdefizite

aufwiesen, wurde sowohl eine restriktive Geld- als auch Finanzpolitik betrieben. Einige kleinere Länder verringerten ihre Geldmengenexpansion, um ihre Wechselkurse innerhalb der europäischen "Schlange" aufrechterhalten zu können.

Bei einer sich abschwächenden Gesamtnachfrage und einer steigenden Unterauslastung der Sachkapazitäten überrascht es kaum, daß die realen Nettoinvestitionen stagnierten oder sogar rückläufig waren. In einigen Fällen war diese Entwicklung durch das Auslaufen staatlicher Investitionsförderungsprogramme bedingt.

Die Inflationsraten haben sich während der letzten Monate in Europa leicht verringert. In einigen Ländern - hier ist besonders Großbritannien zu nennen - sind diese Erfolge bei der Inflationsbekämpfung auf die staatliche Einkommenspolitik zurückzuführen. In anderen Ländern scheint die Abschwächung des Preisanstiegs vor allem eine Folge der verringerten Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise sowie der bereits erwähnten konjunkturell bedingten Abschwächung der Nachfrage gewesen zu sein.

Obwohl die Preisentwicklung in den einzelnen Ländern auch weiterhin unterschiedlich verlief, läßt sich als Ergebnis festhalten, daß sich die Unterschiede in den Inflationsraten 1977 etwas vermindert haben. Die Nominallohnsteigerungen sind geringer geworden; gleichfalls hat sich der Produktivitätsanstieg abgeschwächt. Mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs hat sich der Anstieg der Lohnstückkosten nicht verringert; damit dürfte sich der Druck auf die Gewinnspannen fortgesetzt haben.

Die Veränderungen der Exporte und der Importe sind sowohl Ergebnis als auch Ursache der oben beschriebenen wirtschaftlichen Entwicklung. Der innereuropäische Handel schwächte sich im Zusammenhang mit der allgemeinen Verlangsamung der konjunkturellen Entwicklung ab, der Anstieg der Ausfuhren nach den Vereinigten Staaten und den OPEC-Ländern hielt dagegen unvermittelt an. Besonders augenscheinlich waren die Exportzuwächse in Großbritannien und Italien. Diesen beiden Ländern wie auch Frankreich gelang eine beachtliche Verminderung ihrer Leistungsbilanzdefizite. Die Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik gingen im dritten Quartal 1977 sehr stark zurück, dies dürfte allerdings nur eine kurzfristige Entwicklung gewesen sein; die Reform der Körperschaftsteuer, die zu Beginn des Jahres 1978 in Kraft tritt, hat die Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen in der Bundesrepublik veranlaßt, verstärkte Gewinnübertragungen an ihre Muttergesellschaften vorzunehmen.

Japan

In Japan hielt der Abschwung, der im Frühjahr 1976 begann, während des vierten Quartals 1976 noch an. Die vorliegenden Zahlen für das erste Halbjahr 1977 zeigen ein zwiespältiges Bild. Die Angaben für das reale Sozial-

produkt weisen - auf Jahresrate umgerechnet - laufende Zuwachsraten von 10 vH für das erste Quartal und 7,5 vH für das zweite Quartal auf. Demgegenüber erhöhte sich der Index der industriellen Produktion des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus in den entsprechenden Perioden nur mit einer laufenden Rate von 2 bzw. 3,5 vH. Die Tatsache, daß das Importvolumen während des ersten Halbjahres zurückging, unterstützt die Vermutung, daß die Zahlen für das Sozialprodukt eine zu starke Beschleunigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung ausweisen. Im dritten Quartal war die industrielle Produktion wieder rückläufig.

Der Preisanstieg - gemessen auf der Großhandelsstufe - hat sich 1976 merklich abgeschwächt. Er betrug für 1976: 5,5 vH. Während sich der Preisanstieg in diesem Zeitraum kontinuierlich verringerte, blieben die Preise in den ersten neun Monaten von 1977 nahezu unverändert.

Japan ist das einzige Industrieland, in dem zunehmender Kostendruck keine Inflationsursache ist: Löhne und Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe nehmen mit annähernd der gleichen Rate zu. Infolge der beträchtlichen Produktivitätssteigerungen in der Industrie, die wegen ihrer Signalwirkung auch die Lohnerhöhungen im Dienstleistungsbereich und in den anderen Sektoren bestimmen, erhöhten sich in Japan die Verbraucherpreise immer spürbar stärker als die Großhandelspreise. Die Verbraucherpreise stiegen 1976 ebenso wie im ersten Halbjahr 1977 um 9 vH. Von Mai bis August haben sie sich leicht abgeschwächt, was auch auf die Yen-Aufwertung zurückzuführen sein dürfte.

Wie auch in den anderen Industrieländern, ist die private Investitionstätigkeit weiterhin schwach geblieben. Schätzungen des Japan Economic Research Center haben ergeben, daß der tatsächliche Wert des Sozialprodukts um 10 vH unter dem potentiellen liegt; die Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie beträgt ungefähr 85 vH. Andererseits haben sich die Investitionsausgaben des Staates während des zweiten Quartals 1977 - im Rahmen des Konjunkturprogramms, das im März verabschiedet wurde - sehr stark erhöht.

Die Auswirkungen der Exportzuwächse auf das Tempo der wirtschaftlichen Belebung seit dem Tiefpunkt der Rezession Anfang des Jahres 1975 waren unterschiedlicher Art. Bis zur "Sommerpause" des Jahres 1976 stiegen sowohl die Ausfuhr als auch das reale Sozialprodukt recht kräftig. Im Frühjahr dieses Jahres kam es zu einer erneuten Beschleunigung der Exporte, während die Produktionsentwicklung weiterhin schwach blieb.

Als Ergebnis stellten sich hohe Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse ein. Während sich der Wert der exportierten Güter im Zeitraum vom zweiten Quartal 1976 bis zum entsprechenden Quartal des Jahres 1977 auf Dollarbasis um mehr als 20 vH erhöhte, nahm der Wert der Importe nur um 12 vH zu.

Sowohl der Exportschub als auch der relativ geringe Zuwachs der Importe können wohl mit der nur schwachen Belebung der Inlandsnachfrage erklärt werden.

Es erscheint möglich, daß die japanische Wirtschaftspolitik von den für das erste Quartal 1977 veröffentlichten Zahlen über die Sozialproduktentwicklung in eine falsche Richtung geführt wurde: Nachdem im April noch verstärkt öffentliche Aufträge vergeben wurden, schwächte sich die Bereitschaft der Regierung zur Stimulierung der heimischen Nachfrage im Sommer deutlich ab, nachdem aus den Daten des ersten Vierteljahres 1977 eine recht hohe Zuwachsrate für das Sozialprodukt von 10 vH (Jahresrate) bekannt geworden war. Die Stagnation der Wirtschaftsaktivität, die im Spätsommer sichtbar wurde, führte im September zur Verabschiedung eines weiteren konjunkturanregenden Programms. Aber, ebenso wie in der Bundesrepublik wurde der Umfang des Programms durch die Sorge über die Höhe des bereits bestehenden Haushaltsdefizits beschränkt. Die Zuwachsrate der realen Staatsausgaben betrug im zweiten Quartal 1977 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert 4,7 vH.

Nordamerika

In den Vereinigten Staaten erhöhte sich das reale Sozialprodukt nach der Abschwächung im zweiten Halbjahr 1976 in der ersten Hälfte dieses Jahres mit einer laufenden Jahresrate von 6,7 vH. Die erneute wirtschaftliche Belebung wurde besonders von der starken Konsumnachfrage und der günstigen Entwicklung in der Bauwirtschaft getragen. Im dritten Quartal schwächten sich die Zuwachsraten des realen Sozialprodukts wieder leicht ab.

Aus den monatlichen Daten für den Index der industriellen Produktion läßt sich ersehen, daß die konjunkturelle Pause bereits vor dem Jahresende 1976 vorüber war. Vom Oktober 1976 bis zum Juni 1977 erhöhte sich der Index um 7,9 vH (Jahresrate). Im dritten Quartal schwächte sich die Zuwachsrate auf 2,5 vH ab. Dies ist sowohl auf die Abschwächung im Wohnungsbau und bei den Lagerinvestitionen als auch beim privaten Verbrauch zurückzuführen.

Die Arbeitslosenquote verminderte sich von 7,8 vH im dritten Quartal 1976 auf 7,0 vH im dritten Quartal 1977.

Wenn man die Schwankungen der Nahrungsmittelpreise einmal unberücksichtigt läßt, ist die Inflationsrate mit einem Wert, der geringfügig über 6 vH liegt, bis zum Herbst 1977 seit etwa einem Jahr konstant geblieben. Während die durchschnittlichen Stundenlöhne ungefähr mit einer laufenden Rate von 8 vH zunahmen, weisen die Tarifabschlüsse während der ersten drei Quartale von 1977 etwas geringere Lohnsteigerungen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum auf.

Grundlegende Veränderungen der Finanzpolitik wurden in den Vereinigten Staaten nicht vorgenommen. Wegen der starken Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivität im ersten Quartal 1977 wurde der in der Diskussion befindliche Vorschlag eines einheitlichen Abzugs von 50 Dollar von der Steuerschuld zurückgezogen. Hinzu kamen anhaltende Verzögerungen bei der Realisierung der im Haushalt veranschlagten Ausgaben. Das Niveau der gesamten realen Staatsausgaben für Güter und Dienstleistungen war im ersten Vierteljahr 1977 nicht höher als während des Jahres 1975. Selbst der Zuwachs der gesamten Staatsausgaben war nur wenig höher als der Anstieg der Inflationsrate während desselben Zeitraums.

Seit dem zweiten Quartal 1977 haben die staatlichen Ausgaben für Güter und Dienstleistungen verstärkt zugenommen, dies dürfte wahrscheinlich auf die Ausgabenprogramme zur Verringerung der Arbeitslosigkeit zurückzuführen sein.

Im Jahre 1976 gelang es der amerikanischen Zentralbank, die Zuwachsrates der Geldmenge beträchtlich unter der des nominalen Sozialprodukts zu halten, während gleichzeitig die Zinsen zurückgingen. Im Frühjahr dieses Jahres begann der Geldmarktzins verstärkt zu steigen, als die Zentralbank versuchte, eine Überschreitung der von ihr für die Geldmengenexpansion gesetzten Ziele zu verhindern. Zwischen April und November erhöhte sich der Geldmarktzins von 4,75 vH auf 6,5 vH. Der Zinssatz für dreimonatige Schatzanweisungen stieg von 4,5 vH auf 6,25 vH. Im Herbst 1977 zeichnete sich auch am Kapitalmarkt eine Wende ab; nachdem die Rendite festverzinslicher Wertpapiere fast während des ganzen Jahres rückläufig war, begann sie wieder zu steigen.

Nach den zeitweiligen Überschüssen während der Rezession des Jahres 1975 wies die U.S.-Handelsbilanz 1976 wieder ein Defizit auf. Das Defizit hat sich 1977 noch beträchtlich erhöht. Von Januar bis Juni nahmen die Ölimporte gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,8 Mrd. US-\$ oder 47 vH zu. Inzwischen sind auch die anderen Importe höher als die Exporte - dies dürfte wohl hauptsächlich durch die unterschiedliche Entwicklung der Inlandsnachfrage in den Vereinigten Staaten und bei ihren wichtigsten Handelspartnern bewirkt worden sein.

In Kanada setzte die konjunkturelle Erholung nach der Sommerpause nahezu gleichzeitig wie in den Vereinigten Staaten ein, allerdings war die Belebung nur kurzfristiger Art. Das reale Sozialprodukt erhöhte sich zwischen Oktober 1976 und März 1977 um 4,7 vH (Jahresrate). Danach stagnierte die Produktion und ging sogar noch zurück.

Der Wohnungsbau, von dem wichtige Impulse für den Aufschwung 1975 ausgingen, erreichte Ende 1976 seinen Höhepunkt und ist seither nicht mehr tragendes Element der wirtschaftlichen Belebung. Ebenfalls seit Ende 1976 weisen die Einzelhandelsumsätze nicht einmal mehr nominale Zuwächse auf.

Kanadas konjunkturelle Erholung aus der Rezession von 1975 hat sich somit als weniger nachhaltig erwiesen als die der Vereinigten Staaten. In den meisten industriellen Bereichen ist die Kapazitätsauslastung in den letzten zwei Jahren wahrscheinlich zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote war im Sommer 1977 mit mehr als 8 vH höher als im Tiefpunkt der Rezession.

Der Anstieg der Verbraucherpreise war in Kanada stärker als in den Vereinigten Staaten. Trotz der Anwendung von Lohn- und Preiskontrollen betrug der Zuwachs 1977: 8,4 vH. Ein Grund dafür mag die wechsellkursbedingte Importpreiserhöhung sein, die vom vierten Quartal 1976 bis zum Sommer 1977 im Durchschnitt 14 vH betrug.

Wie dies auch in anderen Industrieländern zu beobachten war, nahm die Fiskalpolitik in Kanada im Verlauf des Jahres 1976 immer mehr restriktive Züge an. Die realen Staatsausgaben erhöhten sich nur noch in sehr geringem Umfang. Die Geldpolitik blieb im größten Teil des Jahres 1976 unter ihrem vorgegebenen Geldmengenziel. Im ersten Halbjahr 1977 sanken die Zinsen, und die monetäre Expansion verstärkte sich wieder leicht.

Im Gegensatz zur Entwicklung in den meisten anderen Industrieländern wies die kanadische Leistungsbilanz bereits 1975 ein erhöhtes Defizit auf. 1976 verminderte sich das Defizit nur wenig: auf 4 Mrd. Kan. -\$, ein Betrag, der relativ hoch ist, wenn man ihn in Beziehung zum Sozialprodukt setzt; er wiegt noch schwerer, wenn man bedenkt, daß Kanada nur in begrenztem Umfang auf Erdölimporte angewiesen ist. Das Defizit wird zum Teil durch den steilen Anstieg der Nettozahlungen für Dienstleistungen erklärt.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung

Betrachtet man den Verlauf der wirtschaftlichen Aktivität in den drei Regionen, dann wird besonders deutlich, daß es nur den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr gelang, die Arbeitslosenquote zu verringern und die Lücke zwischen tatsächlicher und potentieller Produktion zu verkleinern. Vom dritten Quartal 1976 bis zum dritten Quartal dieses Jahres veränderte sich die Industrieproduktion in den wichtigsten Industrieländern wie folgt:

	Veränderung (vH)
Kanada	+ 3,4
Frankreich	0
Bundesrepublik Deutschland	+ 2,9
Italien	- 5,0
Japan	+ 1,7
Vereinigtes Königreich	+ 1,0
Vereinigte Staaten	+ 7,2

Nur die Vereinigten Staaten erfüllten ihre "Lokomotivfunktion" für die konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft, die in unserem Bericht von vor einem Jahr auch noch Japan und der Bundesrepublik zgedacht war.

In den meisten Industrieländern wurde eine restriktivere Fiskalpolitik betrieben. Dies zeigte sich überall in einer deutlichen Verlangsamung der Zuwachsraten der realen Staatsausgaben. Die Gründe für eine solche Politik sind allerdings von Land zu Land unterschiedlich. In einigen Ländern sind sie unter der Zielsetzung zu sehen, die hohen Inflationsraten und die großen Zahlungsbilanzdefizite zu reduzieren. In anderen wiederum spiegelt sich darin die Furcht vor einem zu hohen Haushaltsdefizit wider, obwohl dieses doch in hohem Maße das Ergebnis einer konjunkturell bedingten Unterauslastung der Wirtschaft ist. Das gleiche Phänomen - relativ schwache Zuwächse der realen Staatsausgaben - war auch bis zum Frühjahr 1977 in den Vereinigten Staaten zu beobachten.

Die von der Geldpolitik ausgehenden Einflüsse sind schwieriger zu beurteilen. Eine deutlich kontraktive Politik wurde in Großbritannien und Italien betrieben. In der Bundesrepublik wurde die Zielgröße der Bundesbank für die Geldbasis zwar übertroffen, aber trotzdem war im Verlauf von 1976 eine deutliche Dezeleration der Geldmenge M_1 zu beobachten. Die kurzfristigen Zinssätze fielen seit Anfang 1977 um 0,5 Prozentpunkte, die langfristige Kapitalmarktrendite sank um 1,5 Prozentpunkte.

Die Inflationsraten sind besonders in jenen Ländern sehr stark zurückgegangen, in denen sie vorher sehr hoch waren. In allen Industrieländern - mit Ausnahme von Japan - ist eine "cost-push"-Inflation zu beobachten. Übermäßige Nachfragesteigerungen als Ursache für die Inflation sind zur Zeit nirgends zu erkennen.

II. Die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung

Unsere Prognose für die Entwicklung des realen Sektors, der Inflation und der Zahlungsbilanz basiert auf den zum Zeitpunkt der Tagung bekannten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Mögliche Kurswechsel der Wirtschaftspolitik sowie die Auflösung noch bestehender politischer Unsicherheiten gehen nicht ein.

Westeuropa

Angesichts der nur geringfügigen konjunkturellen Belebung haben einige europäische Regierungen - darunter fallen jene in Frankreich, der Bundesrepublik und in Großbritannien - vor kurzem mehr nachfragestimulierende

Programme angekündigt. Bei unseren Schätzungen für 1978 wurden diese Veränderungen bereits berücksichtigt.

Für Westeuropa insgesamt wird die reale Zuwachsrates des Sozialprodukts im Jahre 1978: 3 vH betragen, verglichen mit 2 bis 2,5 vH (1977). Geht man von der Annahme aus, daß es zu keinen weiteren konjunkturanregenden Maßnahmen kommt, bedeutet dies für die meisten europäischen Länder angesichts eines potentiell möglichen Wachstums von wenigstens 4 vH auch im nächsten Jahr steigende Arbeitslosenquoten sowie unausgenutzte Kapazitäten. In Großbritannien, Frankreich und Italien ist mit weiter sinkenden Inflationsraten zu rechnen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ist auch für die anderen westeuropäischen Länder von großer Bedeutung. 1978 wird es in der Bundesrepublik - eher als in den anderen Ländern Westeuropas - zu einer leichten konjunkturellen Belebung kommen; die Zuwachsrates des Sozialprodukts wird sich von 3 vH (1977) auf 3,5 vH (1978) erhöhen. Diese Entwicklung wird von den höheren staatlichen Ausgaben im Bausektor und von der sich verstärkenden privaten Investitionsneigung getragen sein.

In Großbritannien dürfte sich der Anstieg des Sozialprodukts 1978 auf 2,5 vH - nach nur 0,5 vH in diesem Jahr - belaufen. Dabei wird wohl vor allem der private Verbrauch deutlich steigen, da sowohl Steuererleichterungen wirksam werden als auch die Realeinkommen zunehmen dürften. Die realen Investitionen, die 1977 noch rückläufig waren, werden 1978 wieder zunehmen.

In Frankreich lassen die jüngste Belebung der Industrieproduktion sowie die gezielten konjunkturanregenden Maßnahmen der Regierung eine Zuwachsrates für das Sozialprodukt in Höhe von 4 vH für 1978 erwarten.

Im Verlauf des Jahres 1977 hat sich die wirtschaftliche Expansion in Italien unter dem Einfluß des zu Beginn des Jahres verabschiedeten Stabilitätsprogramms spürbar abgeschwächt. Während das reale Sozialprodukt 1976 noch mit einer jährlichen Rate von 5,5 vH zunahm, wird es 1977 voraussichtlich nur noch mit 1,5 vH gestiegen sein. 1978 wird die Zuwachsrates 2,5 bis 3 vH betragen, dies dürfte vor allem auf einen erhöhten Konsum zurückzuführen sein, der durch verstärkte Transferzahlungen der Regierung angeregt wird.

Japan

Die wirtschaftliche Entwicklung in Japan hängt in sehr starkem Maße von der Aufwertung des Yen ab. Während für einen Dollar Ende 1976 noch etwa 290 Yen bezahlt werden mußten, waren es zur Jahresmitte 1977 nur noch 268 und zum Zeitpunkt der Tagung weniger als 250 Yen. Der Leistungsbilanzüberschuß, der sich 1977 in der Größenordnung von 10 Mrd. US-\$ bewegen dürfte, wird sich 1978 auf etwa 5 Mrd. US-\$ vermindern. Der Wechselkursanstieg wird einen kontraktiven Effekt für die japanische Wirtschaft haben, wenn nicht von wirtschaftspolitischen Seite her starke expansive Impulse auf die inländische Nachfrage ausgehen. Legt man die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zugrunde, kann für 1978 ein Zuwachs des realen Sozialprodukts von 5,5 vH erwartet werden, obwohl das Potential-

wachstum rund 7 vH beträgt. Die Lücke zwischen tatsächlichem und potentielltem Sozialprodukt, für 1977 auf 10 vH geschätzt, wird sich damit 1978 noch weiter vergrößern, und die Arbeitslosigkeit, die in Japan kein sehr guter Indikator der Konjunkturentwicklung ist, wird sich weiter erhöhen. Die Abschwächung des Aufstiegs der Verbraucherpreise dürfte auch 1978 anhalten.

Nordamerika

Wie bereits erwähnt, waren der private Verbrauch und der Wohnungsbau diejenigen Nachfragekomponenten, von denen die Belebung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten im Jahre 1977 ausging. Betrachtet man die zukünftige Entwicklung, erscheint es zweifelhaft, ob die Sparquote angesichts ihres 1977 bereits sehr niedrigen Niveaus noch weiter sinken wird. Geht man von den gegenwärtig bekannten wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus, so wird der private Verbrauch zwar weiter die konjunkturelle Entwicklung stützen, sie allerdings nicht weiter stimulieren können. Entsprechendes gilt auch für den Wohnungsbau, der sich im Herbst 1977 bereits auf sehr hohem Niveau befindet und von dem aus diesem Grunde im nächsten Jahr ebenfalls keine zusätzlichen Impulse ausgehen dürften. Währenddessen hat sich das steigende Leistungsbilanzdefizit, das die stark expandierenden Ölimporte und die kräftigere wirtschaftliche Belebung in den Vereinigten Staaten im Gegensatz zu ihren Haupthandelspartnern widerspiegelt, als Hemmnis für eine weitere Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität erwiesen.

Die einzige private Nachfragekomponente, bei der noch zusätzliches Expansionspotential vorhanden ist, sind die Investitionsausgaben. Zum Zeitpunkt der Tagung war allerdings noch keine Beschleunigung sichtbar. Die Gründe dafür sind bereits genannt und stehen auch untereinander in engem Zusammenhang: eine niedrige Kapazitätsauslastung, relativ geringe Gewinnspannen und Ungewißheit über die Energiepolitik und andere Maßnahmen der Regierung.

Im Jahr 1978 werden die Staatsausgaben - und im besonderen die des Bundes - der wichtigste Faktor für eine erhöhte Gesamtnachfrage sein.

Unter diesen Voraussetzungen und der Annahme, daß es keinen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik gibt, wird das reale Sozialprodukt 1978 um 4,5 vH zunehmen. Nun werden aber für 1978 allgemein Steuersenkungen sowohl auf privater als auch auf Unternehmensebene erwartet. Ob und wann sich aus diesen Maßnahmen allerdings ein positiver Nettoeffekt ergeben wird, scheint angesichts der gesetzlich geplanten Abgabenerhöhung für die Sozialversicherung und zur Einschränkung des Energieverbrauchs ungewiß zu sein.

Die Inflationsrate wird 1978 etwa so hoch bleiben wie 1977, wenn auf gezielte einkommens- und preispolitische Maßnahmen verzichtet wird, um den Lohn- und Preisanstieg zu bremsen.

Das Wachstum der kanadischen Wirtschaft wird sich 1978 mit einer realen Zuwachsrate von etwa 5 vH etwas verstärken, und zwar infolge erhöhter Investitionen - insbesondere im Energiebereich - sowie verstärkter Staats-

ausgaben und eines grundlegenden konjunkturellen Wandels im Wohnungsbau und im privaten Verbrauch. Unterdessen wird die Abwertung des kanadischen Dollars die Exporte beleben. Die Steigerung der Ausgabeneigung im privaten Sektor wird wohl durch den Abbau der Unsicherheit über den Kurs der Wirtschaftspolitik, die in den vergangenen zwei Jahren zu beobachten war, gefördert werden.

Die Inflationsrate wird sich 1978 in Kanada auf weniger als 7 vH verringern, nach ungefähr 8 vH im Jahr 1977. Steigende Nahrungsmittelpreise und die abwertungsbedingte Erhöhung der Importgüterpreise werden 1978 als Inflationskomponenten an Bedeutung verlieren; auch die Tarifabschlüsse werden eine sinkende Tendenz aufzuweisen. Da ab April 1978 die Lohn- und Preiskontrollen nur langsam auslaufen werden, ist die Gefahr eines kräftigen Schubs bei Löhnen und Preisen gering.

Gegenseitige Beeinflussung der Wirtschaftsentwicklung

Die der Prognose für die drei Regionen zugrundeliegenden Export- und Importschätzungen auf Mengenbasis scheinen miteinander vereinbar zu sein.

In Japan wird die Zuwachsrates der Ausfuhren 1978 nur halb so groß sein wie die der Einfuhren. Demgegenüber werden sowohl Westeuropa als auch Nordamerika ihre Exporte ein wenig stärker als ihre Importe steigern können. Die OPEC-Länder werden auch weiterhin ihre Einfuhren erhöhen, obgleich ihr Exportvolumen 1978 nicht mehr deutlich zunehmen dürfte. Die Annahmen über die Entwicklung der Exporte, die der Prognose und den Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik zugrunde liegen, scheinen somit nicht unrealistisch zu sein. Wenn die Untersuchung, wie im vergangenen Jahr, in allen Regionen wesentlich höhere Zuwachsraten der Exporte als der Importe ergeben hätte, wäre das Urteil über die wirtschaftliche Entwicklung für 1978 sicherlich noch pessimistischer ausgefallen.

Strukturelle Probleme

Die beschriebene wirtschaftliche Entwicklung läßt in den meisten Industrieländern nachfragestützende Maßnahmen als erforderlich erscheinen. Eine Nachfragesteigerung scheint den Teilnehmern des Treffens zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für eine anhaltende wirtschaftliche Besserung zu sein, die ihrerseits Voraussetzung dafür ist, die Arbeitslosigkeit wieder auf ein vertretbares Niveau zu senken.

Aus diesem Grunde wurde institutionellen und wirtschaftspolitischen Faktoren, die Verzerrungen auf der Angebotsseite bewirken, besondere Beachtung geschenkt. Obwohl sie von Land zu Land unterschiedlich sind, wurde versucht, einige der Beschränkungen aufzuzeigen, die die Beschäftigung verringern, eine "cost-push"-Inflation fördern, das Preisniveau administra-

tiv erhöhen, den internationalen Handel einschränken und die Investitionsneigung schwächen. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß solche Hindernisse, die die Funktionsfähigkeit der Märkte beeinträchtigen, beseitigt werden sollten. Ferner sollte die Wirtschaftspolitik in die Kosten-Preis-Spirale eingreifen. Mit Bedauern mußte festgestellt werden, daß es eine Reihe von Ländern gibt, die kürzlich gerade entgegengesetzte Maßnahmen ergriffen haben, solche, die Preise oder Kosten erhöhen und damit die Lohn-Preis-Spirale beschleunigen. Eine anhaltende inflationäre Entwicklung, selbst wenn sie nicht auf eine übermäßige Nachfrage zurückzuführen ist, verhindert wirtschaftspolitische Maßnahmen auf der Nachfrageseite, die geeignet wären, ein angemessenes Wirtschaftswachstum wiederherzustellen.

In fast allen Industrieländern ist das Niveau der Sachinvestitionen sehr niedrig. Für dieses Phänomen lassen sich eine Reihe von Erklärungsgründen anführen. Die Bedeutung der einzelnen Ursachen sowie auch deren Gewicht für die einzelnen Länder wurde von Teilnehmer zu Teilnehmer unterschiedlich beurteilt. Einerseits wurde besonders auf die "Vertrauenslücke" hingewiesen, die sich in der Wirtschaft vieler Länder zeigt. Das fehlende Vertrauen verhindert Investitionen, die für das Erreichen einer angemessenen Expansionsrate notwendig sind. Eine unzureichende Kapazitätsauslastung ist einer der wichtigsten Gründe für mangelnde Investitionsbereitschaft. Andere Einflußfaktoren sind die Inflationserwartungen, die sich auf einem historisch niedrigen Niveau befindliche Gewinnspanne, Unsicherheiten über die Wirtschaftspolitik allgemein und im besonderen in Hinblick auf die zukünftige Energiepolitik sowie die politische Instabilität in einer Reihe von Ländern. Dies mag von Investoren als Gefährdung des privaten Eigentums und der unternehmerischen Freiheit angesehen werden und damit als Hindernis für eine effiziente Produktionstechnik und die Erwirtschaftung eines angemessenen Gewinns.

III. Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Für die Teilnehmer an der Tagung war die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf zwei miteinander in engem Zusammenhang stehende Ziele von besonderer Bedeutung. Sie schlugen vor, wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen, (a) die eine anhaltende Expansion der Konsum- und Investitionsgüternachfrage gewährleisten, um damit die Phase niedrigen Wirtschaftswachstums und zunehmender Arbeitslosigkeit zu beenden, (b) die den von der Angebotsseite ausgehenden erhöhten Kostendruck verringern und die Funktionsfähigkeit der Märkte verbessern.

Die von der Nachfrageseite bewirkten inflationären Impulse sollten auch in Zukunft nicht unterschätzt werden; zur Zeit allerdings kann in keinem der Industrieländer die Inflation einer übermäßigen Nachfrage zugeschrieben werden. Die Vorschläge zielen darauf ab, gleichzeitig sowohl die Basis für ein verstärktes zukünftiges Wachstum als auch für eine weitere Verringerung der Inflationsraten zu schaffen. Es muß sichergestellt werden, daß das Wachstum der Produktion in den kommenden Jahren die Zuwachsraten des Produktionspotentials überschreitet.

Als die Gruppe sich 1976 traf, war in den meisten Industrieländern eine Pause in der wirtschaftlichen Entwicklung zu beobachten. Angesichts ihrer relativ niedrigen Inflationsraten und ihrer starken Zahlungsbilanzposition wurde der Bundesrepublik, Japan und den Vereinigten Staaten eine "Lokomotivfunktion" bei der Belebung der Weltwirtschaft zugedacht.

Im Jahr 1977 kam es erneut zu einer Abschwächung der Wirtschaftsaktivität. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten - wo sich die schnelle Aufwärtsentwicklung erst im dritten Quartal 1977 etwas verlangsamte - stagnierte die Wirtschaftsentwicklung in den meisten Industrieländern seit dem Frühjahr. Die auf dieser Konferenz vorgelegten Prognosen für 1978 sind ebenfalls nicht sehr optimistisch. Die steigende Arbeitslosigkeit in Westeuropa - ohnehin bereits auf sehr hohem Niveau - hat die Gruppe sehr beunruhigt. Eine weitere Zunahme der Arbeitslosenquote ist zu befürchten, wenn von wirtschaftspolitischer Seite keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Zusätzlich zu den sozialen und in einigen Fällen auch politischen Auswirkungen, die von einer hohen Arbeitslosigkeit ausgehen, wird dadurch auch die Tendenz zur Errichtung protektionistischer Hemmnisse im internationalen Handel gefördert.

Im Jahr 1977 gelang es in Italien und in Großbritannien, sowohl die Inflationsraten als auch die Zahlungsbilanzdefizite spürbar zu verringern. Insgesamt haben sich die Leistungsbilanzdefizite der nichterdölfördernden Entwicklungsländer ebenfalls vermindert. Die Überschüsse der OPEC-Länder sowie einiger weniger Industrieländer (insbesondere Japans, der Niederlande und der Schweiz) bestehen auch weiterhin. In den Vereinigten Staaten und in einigen kleineren westeuropäischen Ländern weist die Leistungsbilanz jetzt ein Defizit auf. Das ausgeprägte Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten ist zu einem großen Teil auf die im Vergleich mit ihren wichtigsten Handelspartnern schnellere konjunkturelle Belebung zurückzuführen; die starke Erhöhung der Erdölimporte war ebenfalls ein wichtiger Erklärungsgrund. Die Gruppe befürwortet daher Maßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten, die darauf abzielen, die Erdölimporte zu verringern.

Obgleich die Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder im Mittelpunkt der Tagung stand, wurden auch die von der Wechselkursentwicklung ausgehenden Einflüsse betrachtet, das gilt insbesondere für die unter einem starken Aufwertungsdruck stehenden Länder: die Bundesrepublik Deutschland, Japan und die Schweiz. In diesen Ländern gibt es wegen des aufwertungsbedingten Drucks auf die Exporte einen noch größeren Bedarf für Maßnahmen, die die inländische Nachfrage beleben und notwendige Anpassungsprozesse erleichtern.

Obgleich sich die Inflationsraten während des vergangenen Jahres in vielen Ländern verringert haben, sind sie dennoch fast überall auf einem zu hohen Niveau. Sieht man den Kostendruck von der Angebotsseite als die zur Zeit wichtigste Inflationserklärung an, so scheint es von besonderer Bedeutung zu sein, den Teufelskreis der Lohn-Preis-Spirale zu brechen. Die dafür geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen können von Land zu Land ver-

schieden sein. Sie können sowohl Steuersenkungen und eine Verringerung der Sozialversicherungsabgaben als auch Leitlinien oder andere Maßnahmen einschließen, die geeignet sind, zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften einen Konsens über die Beschränkung von Lohn- und Preissteigerungen herzustellen.

Die Teilnehmer der Konferenz messen der Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Märkte eine besondere Bedeutung bei; dies schließt sowohl die Vermeidung oder - wenn bereits vorhanden - die Abschaffung von Hemmnissen ein, die einer Ausweitung der Beschäftigung, der Investitionen und des internationalen Handels entgegenstehen. Als Beispiele für derartige Hemmnisse wurden von den Teilnehmern angeführt: überhöhte Mindestlöhne, inflationsverstärkende Agrarpreiserhöhungen, Steuern und Transferzahlungen, die die Leistungs- und Investitionsbereitschaft vermindern, Aus- und Fortbildungsprogramme, die nicht am Bedarf auf dem Arbeitsmarkt ausgerichtet sind, schwerfällige bürokratische Vorschriften und Verfahren sowie die sich ausbreitende Tendenz zum Protektionismus.

Die Empfehlung, neue wirtschaftspolitische Maßnahmen in allen Industrieländern zu ergreifen, und nicht nur in der Bundesrepublik, Japan und den Vereinigten Staaten, ergibt sich aus der Einsicht, daß eine stabilitätskonforme Expansionsstrategie der drei großen Industrieländer allein nicht ausreicht, um auch in den anderen Industrieländern wieder für ein angemessenes Wirtschaftswachstum zu sorgen. Es bedarf neben der Exportsteigerung für diese Länder auch eigener wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die allerdings hinsichtlich ihrer Intensität und ihrer Zusammensetzung von Land zu Land differieren können. Werden die bereits erwähnten wirtschaftspolitischen Grundsätze allgemein anerkannt, können durchaus Fortschritte hinsichtlich einer ausgewogeneren Entwicklung der Zahlungsbilanzen erzielt werden. Die vorgeschlagene Politik soll vor allem die Investitionstätigkeit anregen.

Ein schnelleres Wachstum der Produktion in den Industrieländern könnte die Leistungsbilanzen der nichterdölexportierenden Entwicklungsländer weiter verbessern, von denen einige bereits drastische Importbeschränkungen eingeführt haben. Eine kräftige Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft könnte ein Klima schaffen, in dem diese Beschränkungen wieder abgebaut werden könnten. Im Zuge einer fortschreitenden Belebung der Weltwirtschaft sollten sowohl die Entwicklungsländer, die ihre Industrialisierung schnell vorantreiben, ihre Märkte für Importe aus den traditionellen Industrieländern öffnen, ebenso wie diese den Entwicklungsländern den Zugang zu ihren Märkten erleichtern sollten.